

ten eine Überpopulation Kormorane; Sie erinnern sich, die Natur geriet aus dem Gleichgewicht. Es gelang auch dort, mit vernünftigen Massnahmen den Bestand wieder so einzupendeln, dass die Natur sich dann wieder selber regulierte. Deshalb ist dies der Ansatz, sei es mit dem Wolf, dem Luchs, dem Biber, obwohl der Artenschutz unterschiedlich ist. Es gilt, vernünftige Massstäbe zu finden, damit die Natur Natur sein kann, wir sie als solche akzeptieren und Tiere nicht immer mehr als Bedrohung oder Schadenverursacher wahrnehmen. Insofern erachten wir die durch den Nationalrat abgeänderte Motion als praktikablen Weg, mit den Kantonen eine Lösung zu finden.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission ... 23 Stimmen

Für den Antrag Minder ... 14 Stimmen

(1 Enthaltung)

15.3603

Motion Wasserfallen Christian. SRG.

Kostentransparenz schaffen und Kosteneffizienz steigern

Motion Wasserfallen Christian. SSR.

Instaurer la transparence des coûts et accroître l'efficacité des coûts

Nationalrat/Conseil national 25.09.15

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.16

Le président (Comte Raphaël, président): Un rapport écrit de la commission vous a été remis. La commission propose, à l'unanimité, d'adopter la motion. Le Conseil fédéral propose également l'adoption de la motion.

Français Olivier (RL, VD), pour la commission: L'auteur de la motion demande d'instaurer dans le détail la transparence des coûts afin d'en accroître l'efficacité. Plus particulièrement, il exprime son souhait que la comptabilité de la SSR soit rendue transparente et que sa comptabilité analytique soit transmise dans son rapport de gestion.

Qui pourrait s'opposer à une demande de transparence, et ce d'autant moins que les outils comptables aujourd'hui le permettent? Quand on va plus en détail, on voit que la proposition de l'auteur de la motion vise à connaître le coût d'une émission, d'une production, les charges fixes, voire les participations de la SSR dans le cadre des différentes activités des acteurs de notre société.

Si la commission approuve unanimement l'objectif de la transparence et de l'efficacité des coûts visé par la motion, elle souligne que la SSR publie déjà quelques informations, et qu'elle l'a fait d'ailleurs de son plein gré. Elle se range dès lors à l'avis du Conseil national ainsi qu'à celui du Conseil fédéral d'obliger à transmettre le rapport de gestion détaillé de la SSR au Parlement.

Par conséquent, la commission propose, à l'unanimité, d'adopter cette motion.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Diese Diskussion kam ja im Rahmen der RTVG-Abstimmung auf, bei der man mehr Transparenz von der SRG forderte, und die SRG ist dem auch nachgekommen. Sie haben sicher auch mitbekommen, dass man Kosten von einzelnen Sendungen publiziert hat; Informationen über Sparten und Sender hat die SRG in ihrem Geschäftsbericht schon länger transparent gemacht. Sie geht dabei weiter als ihre Schwestersender ZDF und ARD; sie informiert auch über die Kosten der Eigen- und

Fremdproduktionen, über Distribution, Lobbying, über die Verwaltungsratsgehälter und die Vergütungen für die Geschäftsleitungsmitglieder.

Die Informationen, welche die SRG Anfang Mai veröffentlicht hat, zeigen auf, wie viel einzelne Sendungen kosten. Man sieht dann auch die Differenzen zwischen den Sendungen, von «Schawinski» mit 15 000 Franken bis zum Schweizer «Tatort» mit bis zu 2,2 Millionen Franken. Ich weiss jetzt nicht, was die Politik mit diesen Informationen anfangen will. Sagen Sie jetzt: «Weniger 'Tatort', mehr 'Schawinski!», obwohl die Programmautonomie ein verfassungsmässiges Recht ist? Transparenz ist schon gut, aber wir müssen uns ja auch fragen, was diese Auflistung der Kosten für die politische Fragestellung nützt.

Wir konnten auch lesen, dass das teuerste Radioprogramm der SRG «Rete Due» mit 16 Millionen Franken ist, während der Jugendsender «Virus» für 1,2 Millionen Franken im Jahr machbar ist. Auch hier bin ich dann gespannt, was Sie aus diesen Zahlen schliessen. Das ist für mich eigentlich die wesentliche politische Frage. Transparenz ist immer gut, aber es gibt auch viel Voyeurismus, es gibt dann natürlich auch für die Konkurrenz spannende Informationen, und die Konkurrenz ist selbstverständlich nicht bereit, nur schon einfachere Transparenz oder analoge Transparenz herzustellen. Ich glaube, die Debatte werden wir sowieso nächstens führen, weil wir uns beim Bericht zum Medien-Service-public auch über die künftige Ausstattung der SRG und über den Inhalt der Leistungen, die wir von ihr erwarten, unterhalten werden. Transparenz ist in diesem Bereich weitgehend hergestellt, deshalb trifft diese Motion eine offene SRG.

Angenommen – Adopté

15.4032

Motion Rickli Natalie Simone. Vollständiger Bericht zum Service public.

Parlamentarische Vorstösse berücksichtigen

Motion Rickli Natalie Simone. Rapport complet sur le service public.

Tenir compte des interventions parlementaires

Nationalrat/Conseil national 16.12.15

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.16

Präsident (Bischofberger Ivo, erster Vizepräsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Die Kommission und der Bundesrat beantragen die Ablehnung der Motion.

Français Olivier (RL, VD), pour la commission: Le débat a déjà eu lieu le 17 décembre 2015, puisque la motion Germain 15.4051, «Rapport complet sur le service public. Tenir compte des interventions parlementaires», visait le même but que la présente motion, à savoir d'élaborer un rapport complet sur le service public se fondant sur toutes les interventions parlementaires en traitement.

Sur le fond, on peut bien sûr parler du service public, et on en parlera d'ailleurs tout prochainement puisque le Conseil fédéral devrait nous présenter son rapport à ce sujet. Mais proposer à nos chambres de prendre en considération toutes les interventions parlementaires qui n'ont pas été traitées par nos conseils, c'est un peu fort de café – si je peux utiliser cette expression – dans notre démocratie. Ce sont des mots doux et sans polémique bien sûr, mais l'usage et la

règle veulent que les motions, les postulats et autres interventions parlementaires soient traités au sein des conseils. Une dizaine de postulats ou de motions posant des questions assez intéressantes sont en traitement à la suite de l'acceptation par la population de la révision de la loi sur la radio et la télévision l'année dernière. Néanmoins, cela doit faire l'objet d'une analyse ponctuelle.

La commission vous propose donc, par 11 voix contre 1, de rejeter la motion, dans une proportion similaire au rejet, le 17 décembre 2015, de la motion Germann.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Sie haben, wie der Kommissionsprecher zu Recht gesagt hat, bereits im Dezember die gleichlautende Motion Germann 15.4051 mit 27 zu 12 Stimmen abgelehnt. Ich sehe keinen Grund, wieso Sie hier anders entscheiden sollten, zumal wir eben kurz vor der Veröffentlichung des vorhin erwähnten Berichtes stehen. Sie werden dann auch sehen, dass wir verschiedene Modelle untersucht haben. Sie werden sie diskutieren können. Insofern ist das eigentlich alles erledigt.

Abgelehnt – Rejeté

16.3038

Motion Häberli-Koller Brigitte. Transformatorstationen und andere elektrische Anlagen einfacher ermöglichen

Motion Häberli-Koller Brigitte. Faciliter la construction et la modification de stations de transformation et d'autres installations électriques

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.16

Präsident (Bischofberger Ivo, erster Vizepräsident): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Häberli-Koller Brigitte (C, TG): Erstaunlich ist, dass eine eher nebensächliche Problematik der Netzkoppelung von neuen Elektrizitätserzeugungsanlagen immer mehr zum Problem wird. Wie die Erfahrung zeigt, sind dabei vor allem in ländlichen Gebieten oftmals Verstärkungen bei den Netzen und vor allem bei den Transformatoren bis zur Einspeisung ins Mittelspannungsnetz zwingend nötig. Da vor allem ländliche Gebiete betroffen sind, sind auch vor allem Transformatorenstationen in Landwirtschaftszonen betroffen.

«Der Bundesrat wird beauftragt, Gesetzesänderungen vorzulegen, die notwendig sind, damit Transformatorenstationen und andere elektrische Anlagen ausserhalb der Bauzone einfacher, schneller und möglichst kostengünstig erstellt oder den veränderten Anforderungen angepasst werden können.» So einfach lautet der Text der Motion.

Im Kanton Thurgau beispielsweise haben Regierung, Parlament und Bevölkerung an der Urne die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und damit den Wandel zu einer nachhaltigen Energieversorgung bereits 2011 bestätigt. Unterstützt durch ein erfolgreiches und wirksames Förderprogramm sind im Kanton Thurgau viele dezentrale Projekte in diesem Bereich in der Umsetzungsphase. Wohl auch darum sind die Problemfälle im Zusammenhang mit dem Bewilligungsverfahren zahlreich.

Es wäre zwar Aufgabe der Genehmigungs- und der Fachbehörden, im Rahmen der geltenden Bestimmungen für effiziente Verfahrensabläufe zu sorgen. Dabei hätten die Genehmigungs- und die Fachbehörden unter anderem auch zu prüfen, ob sie vermehrt von der Möglichkeit Gebrauch machen könnten, in Bagatellfällen auf eine Vernehmlassung

der jeweiligen Fachbehörden zu verzichten. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, dass genau dies in der Regel nicht klappt.

Der im Gang befindliche Wandel von einer zentralen Energieversorgung mit Grosskraftwerken zu einer eher dezentralen Energieversorgung mit Kraftwerken jeder Grössenordnung und einem Energiefluss in beide Richtungen stellt neue Anforderungen an die Netze, an die Speicherkapazitäten sowie an die Steuerung von Produktion und Verbrauch. Netzverstärkungen sind oft unumgänglich. Genau in den Gebieten ausserhalb der Bauzonen gibt es grosse Probleme und Verzögerungen im Bereich der Plangenehmigungen. Für diese Verzögerungen auch bei den Plangenehmigungen von kleinsten Erweiterungen habe ich wenig Verständnis. Wie will der Bundesrat das sehr umfassende und mit sehr grossen Investitionen befrachtete Generationenprojekt der Energiestrategie 2050 erfolgreich auf den Weg bringen, wenn kleinste Erweiterungen von Transformatorenstationen im Bereich von ganz wenigen Quadratmetern von der Raumplanungsbehörde des Bundes genehmigt werden müssen?

Auf Unverständnis stösst auch, dass eine Solaranlage ausserhalb der Bauzone zwar ohne Baubewilligung erstellt werden kann, dass aber für den Bau der dafür notwendigen Transformatorenstation monatelang auf die entsprechende Bewilligung gewartet werden muss.

Mit Erstaunen habe ich den Passus betreffend Kulturlandschutz und Versorgungssicherheit in der Stellungnahme des Bundesrates zur Kenntnis genommen. Gemäss Stellungnahme des Bundesrates ist zu berücksichtigen, «dass sich Bund und Kantone in ihren raumwirksamen Tätigkeiten abzustimmen und die Bestrebungen zur Sicherung einer ausreichenden Versorgungsbasis des Landes zu unterstützen haben». Mit der zunehmenden Beanspruchung von Grund und Boden durch die verschiedenen Infrastrukturanlagen komme der Raumplanung eine immer grössere Bedeutung zu. So sei insbesondere den raumplanungsrechtlichen Grundsätzen der Trennung des Baugebietes vom Nichtbaugelände und der Beschränkung der Bauten in der Landwirtschaftszone zum Schutz des Kulturlandes die notwendige Beachtung zu schenken.

Kulturlandschutz und die Versorgungssicherheit der Bevölkerung sind in der Tat sehr wichtig. Es sind Ziele, die von der breiten Bevölkerung in Volksabstimmungen bestätigt wurden. Bei der Erweiterung und auch bei den Neubauten von Transformatorenstationen geht es aber in den allermeisten Fällen um wenige Quadratmeter Land. Wer in diesem Zusammenhang und in dieser Art mit Kulturlandschutz argumentiert, gefährdet eben gerade einen wirklich griffigen Kulturlandschutz. Auch das Argument der Versorgungssicherheit ist nicht stichhaltig. Auch hier ist genau das Gegenteil der Fall: Wer den Bewohnern der Landwirtschaftszonen den Bau von sehr wichtigen Infrastrukturanlagen verwehrt oder erschwert, gefährdet geradezu das wichtige Ziel der Versorgungssicherheit.

Ich bitte Sie, die Motion anzunehmen und so für eine einfachere, schnellere und kostengünstigere Lösung einzustehen.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Transformatorenstationen sind wichtige Bauten, Bestandteile, die zu unserer Versorgung nötig sind, aber wer eine Stark- oder eine Schwachstromanlage erstellen oder ändern will, braucht natürlich eine Plangenehmigung. Das ist seit Jahrzehnten so oder hätte so sein müssen, denn jetzt, wo viele Transformatorenstationen ins Alter gekommen sind oder erneuert werden müssen, stellen wir eben fest, dass viele unrechtmässig, ohne Planbewilligung, gebaut wurden. Das betrifft den Thurgauer Fall, um den sich selbst das Bundesgericht kümmern musste: Die Transformatorenstation Weid in Buswil musste zurückgebaut werden, weil festgestellt wurde, dass sie ohne rechtsgültige Plangenehmigung zonenwidrig gebaut worden war. Der Bund muss natürlich schon auch für die Einhaltung der Zonenvorschriften schauen. Da ging es nicht um das Verhältnismässigkeitsprinzip – ist es eingehalten, ja oder